

Ein Licht am Ende des Tunnels?

Kolumbien als Spielball US-Amerikanischer Interessen und der Aufstieg der neuen kolumbianischen Linken

von Stefan Schmalz

Kolumbien gilt oftmals als ein hoffnungsloser Fall. Über vier Jahrzehnte Bürgerkrieg zwischen der Regierung und den Guerillaorganisationen FARC-EP und ELN, die Ausbreitung von paramilitärischen Einheiten über das ganze Land in den 90er Jahren und eine unsägliche politische Repression gegen die Linke weisen auf einen Zustand hin, der gemeinhin nur als „schmutziger Krieg“ bezeichnet wird und jährlich über 30.000 Opfer fordert. Die Amtsübernahme des rechtspopulistischen Álvaro Uribe Vélez im August 2002 verschärft die Kriegsdynamik. Nunmehr soll der Konflikt mit militärischen Mitteln und einem politischen Dialog mit den ultrarechten Paramilitärs (AUC) sowie der wachsenden finanziellen und militärischen Unterstützung der Vereinigten Staaten gelöst werden. Doch es bildet sich Widerstand heraus, der das Projekt bremsen könnte. Die Kommunalwahlen vergangenen Jahres haben eine neue Linke in die Rathäuser gebracht, die sich gegen die Kriegspolitik der Regierung und die geostrategischen Absichten der

USA wendet.

Als im April 2002 Álvaro Uribe Vélez mit 53,1 Prozent der Stimmen in das kolumbianische Präsidentenamt gewählt wurde, war bereits klar, dass eine Eskalation des kolumbianischen Bürgerkriegs bevorstand. Die Weichen für diese Entwicklung waren schon in der Amtszeit der Vorgängerregierung von Andrés Pastrana (1998-2002) gestellt worden. Der „Friedensprozess“ zwischen Regierung und den FARC-EP (Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia – Ejército del Pueblo) hatte sich als eine Farce entpuppt. Die Regierung übergab den FARC-EP zwar 1999 eine entmilitarisierte Zone in der Größe der Schweiz zur Verwaltung, weigerte sich aber über den sozialen Status Quo des Landes zu verhandeln und damit auch die historischen Ursachen des Konflikts anzuerkennen.¹ Fragen wie die ungleiche Landverteilung, die nicht-militärische Lösung des Drogenproblems und die Abschaffung der Nationalen Sicherheitsdoktrin blieben in den Verhandlungen außen vor. Gleichzeitig wurde die schwächere Guerillaorganisation ELN

die Alarmglocken läuten. Ergebnis war ein parallel mit dem Beginn des Friedensprozesses präsentiertes politisches Projekt, das durch geostrategische Interessen der Vereinigten Staaten angeleitet war. Primäres Ziel des mit über 7,5 Mrd. Dollar finanzierten Plan Colombia war der Ausbau der kolumbianischen Armee und die militärische Bekämpfung der Aufstandsbewegung. Von 1,6 Mrd. Dollar, welche die US-Regierung bisher zuzahlten, gingen z.B. nur 145 Mio. in sozioökonomische Projekte. Die restlichen Mittel wurden für die Aufrüstung der Armee ausgegeben. Hochmoderne Geräte wie 30 Black-Hawk- und 33 Bell-Hubschrauber wechselten in den Besitz der kolumbianischen Armee.² Das Projekt war in dreifacher Hinsicht von US-amerikanischen Interessen motiviert.³ Zum einen übernimmt Kolumbien eine Funktion als geopolitische Drehscheibe. Das Land stellt die geografische Verbindung zwischen Mittel- und Südamerika dar, besitzt als

Primäres Ziel des mit über 7,5 Mrd. Dollar finanzierten Plan Colombia war der Ausbau der kolumbianischen Armee und die militärische Bekämpfung der Aufstandsbewegung.

einzigem südamerikanischer Staat Zugang zum pazifischen und atlantischen Ozean und ist aufgrund seiner Lage zentral für die Pläne der US-Administration, die gesamtamerikanische Freihandelszone ALCA (Área de Libre Comercio de las Américas) ins Leben zu rufen. Zweitens fürchtet die US-Regierung eine Achse Havanna-Caracas-Bogotá, die ihre hegemonale Stellung im Andenraum in Frage stellen würde. Drittens gilt Kolumbien als Geheimtipp für Investoren. Kolumbien ist weltweit der größte Exporteur von Smaragden, hat beachtliche (größtenteils unerschlossene) Erdölvorkommen, die das Land zum fünftgrößten Erdölversorger der USA machen und verfügt zudem über nennenswerte Gold- und Steinkohlelagerstätten.⁴ Ferner besitzt Kolumbien nach Brasilien die zweithöchste Biodiversität der Welt, was das Land in die Interessenssphäre der großen Biotechnologie-Konzerne rückt. Die Regierung Pastrana gab nach einer spektakulären Flugzeugentführung am 21. Februar 2002 den Befehl zur Attacke auf die entmilitarisierte Zone. Pastrana, der eigentlich das Mandat für eine friedliche Beilegung des Konflikts erhalten hatte, ließ damit den Krieg eskalieren.

Die Friedensverhandlungen waren vielmehr eine Strategie, um in einer brenzligen militärischen Situation tief Luft zu holen. Die direkten, erfolgreichen Attacken der damals beinahe 15.000 Personen starken FARC-EP auf Eliteeinheiten und Militärbasen wie im Juli 1998 gegen den Stützpunkt Las Delicias ließen in Washing-

2000 Putumayo Coca Growing Area and Plan Colombia Spray Zones



Uribe gezielte Eskalationspolitik

Im Wahlkampf 2002 tauchte der Shooting-Star Uribe Vélez auf der politischen Bühne auf. Der formal unabhängige Kandidat setzte auf einen harten Kriegskurs und einen Diskurs, der die Guerilla mit Drogenhändlerringen gleichsetzt.⁵ Von der Konservativen Partei über die größte Tageszeitung El Tiempo bis zu den Paramilitärs erhielt Uribe Unterstützung und war somit der Kandidat des ultrarechten Flügels der Oligarchie. Nachdem der „Friedensprozess“ gescheitert war, nahm die Bevölkerung Uribe als eine Retterfigur war. Uribe gewann die Wahlen und setzte eine Politik um, die sich auf fünf Kernpunkte konzentriert:

1) Das wichtigste Moment der Regierungspolitik bildet die militärische Eskalation. Die FARC-EP und die ELN sollen militärisch aufgerieben und dann am Verhandlungstisch zur Demobilisierung gebracht werden. Für diesen Zweck wurde der Militäraushalt ausgeweitet

Die handelspolitische Anbindung an die USA und deren massive Unterstützung im Bürgerkrieg bilden die Zentralachse der kolumbianischen Außenpolitik

und die repressiven Staatsapparate ausgebaut. Die Regierung Uribe führte militärische Sonderzonen ein, in denen die Armee Regierungsfunktionen übernimmt. Darüber hinaus baute die neue Administration ein über eine Million Menschen zählendes Spitzelnetz auf und rief für mehrere Monate den Ausnahmezustand aus, bis dieser vom Nationalen Gerichtshof gekippt wurde. Außerdem wurde mit dem Plan Patriota die 168.000 Soldaten zählende Armee um 30000 Personen erweitert und die Wehrpflicht um sechs Monate verlängert. Die Guerillaorganisationen – vor allem die ELN – gingen aus der neuen heißen Phase des Bürgerkriegs militärisch geschwächt hervor. Doch die FARC-EP antworteten mit einem Strategiewechsel auf die veränderte Situation, der die Regierung stark unter Druck setzte. Zum einen gingen sie dazu über als ein urbanes Terrornetzwerk zu operieren und griffen immer wieder meist militärische und staatliche Ziele mit Anschlägen an. Zum anderen setzten die FARC-EP zunehmend auf die Destabilisierung des politischen Systems und übernahmen die Regierungsgewalt in den von ihnen kontrollierten Zonen.

2) Eine besonders besorgniserregende Entwicklung besteht in dem politischen Dialog mit den Paramilitärs. Die überwiegende Mehrzahl der Todesschwadronen ist in dem Dachverband AUC (Autodefensas Unidas de Colombia) organisiert und beteiligt sich an dem Dialog. Ende 2002 erklärten die Söldnerheere einen einseitigen Waffenstillstand, bis Ende 2005 sollen sie die Waffen abgegeben haben. Die Bilanz des Friedensprozesses sieht jedoch mager aus. Die Funktion des Paramilitarismus, der Guerilla die soziale Basis mittels Terror an der Zivilbevölkerung zu entziehen und die Opposition generell zu zerschlagen, wurde nicht beseitigt. Die von einer Allianz von Viehzüchtern, pensionierten Armeeeoffizieren, multinationalen Konzernen und Drogenhändlern ins Leben gerufenen Paramilitärs führen die Morde an der Zivilbevölkerung weiterhin fort. Sie scheinen allerdings einen Strategiewechsel durchgeführt zu haben, der sich dadurch kennzeichnet, dass nun gezielt wichtige politische Funktionsträger ermordet werden während sich im Gegenzug die Anzahl der Gesamtmorde verringert hat.⁶ Die Einführung einer Bauernarmee mit insgesamt 15.000 Menschen führte zu einer Quasi-Legalisierung der Paramilitärs durch die Hintertür. Der Paramilitarismus expandiert weiterhin räumlich, die Anzahl der Paramilitärs ist nach offiziellen Regierungsdaten von 10.250 im Jahr 2001 auf 13.293 im Jahr 2003 gestiegen. Kommandierende wie Carlos Castaño verschwinden spurlos und werden weder vor Gericht gestellt noch in die USA ausgeliefert.⁷

3) Uribe pflegt einen populistischen Regierungsstil, der sich in dem Projekt des „kommunitaristischen Staats“ (Estado comunitario) manifestiert. Die Regierung Uribe führt im gesamten Land Lokalforen durch, zu denen der Staatschef persönlich anreist und als Geber von Wohltaten auftritt. Des Weiteren versuchte er im Oktober 2003 mehrere seiner Reformen durch ein bonapartistisches Referendumsprojekt zu legitimieren, das jedoch scheiterte. Das zur Zeit diskutierte Projekt, die Wiederwahl durch eine Verfassungsänderung zu ermöglichen, zeigt erneut, wie sehr „die autoritäre Verhexung“ (El embrujo autoritario) der Bevölkerung auf seine Person zugeschnitten ist.⁸

4) Der vierte zentrale Punkt der Agenda stellt die neoliberale Wirtschaftspolitik der Regierung dar. Eine Arbeitsreform, die Feiertagszuschläge zusammenstreicht und den zuschlagsfreien Arbeitstag ausweitet, zwei Steuerreformen, die unter anderem die Mehrwertsteuer auf verschiedene

Grundnahrungsmittel und einfache Konsumwaren ausweiten und auf diese Weise die armen Bevölkerungssegmente belasten und eine Rentenreform, mit der die Lebensarbeitszeit verlängert wird, sind Bestandteile einer marktliberalen Ausrichtung. Nach dem vorläufigen Scheitern der US-Pläne für die panamerikanische Freihandelszone ALCA im November 2003 auf dem Gipfel in Miami durch den Widerstand Venezuelas, Argentinien und Brasiliens verhandeln nun Ecuador, Peru und Kolumbien im Block, um ein direktes Abkommen mit den Vereinigten Staaten zu erreichen. Im Gespräch sind unter anderem Themenbereiche wie freier Investitionsverkehr und Wettbewerbsregelungen, die weit über den Verhandlungsstand in der WTO hinausgehen und die wirtschaftspolitische Souveränität der Andenländer in Frage stellen.

5) Die handelspolitische Anbindung an die USA und deren massive Unterstützung im Bürgerkrieg bilden die Zentralachse der kolumbianischen Außenpolitik. Die Vereinigten Staaten sehen in der Regierung Uribe ihren Hauptverbündeten in der Andenregion. Durch eine schleichende Militärintervention greifen US-Truppen immer tiefer in den Bürgerkrieg ein. In den letzten Jahren wurden Schritt für Schritt mehr US-Soldaten nach Kolumbien geschickt. Der US-Kongress erhöhte im Oktober diesen Jahres die Obergrenze für das Militär-Kontingent von 400 auf 800 US-Bürger, in privaten US-Militärunternehmen dürfen nun 600 statt 400 US-Amerikaner arbeiten. Bei einem Großteil dieser Personen handelt es sich um Militärberater, Ausbilder oder Eliteeinheiten. Das Gros der US-Truppe besteht jedoch aus Ausländern, die in privaten US-Militärfirmen arbeiten. Ihre Zahl wird auf zusätzliche 1000 bis 2000 Personen geschätzt.⁹ Durch eine Kooperation zwischen ecuadorianischen und kolumbianischen Truppen, die von Militärberatern der US-Regierung koordiniert wird, sollen in einer regionalen Operation die Guerillatruppen im Süden des Landes einkreiselt werden.¹⁰ Uribe begrüßte die Intervention und forderte in der UN-Konferenz im September 2004 einen Blauhelmeinsatz.

Plan Colombia scheitert an den Urnen

Zunächst schien das mit dem Plan Colombia und der Regierung Uribe initiierte Kriegsprojekt reibungslos zu funktionieren. Uribe wurde in der konservativen Wochenzeitschrift Semana Ende 2002 als der „Mann des Jahres“ gekrönt.¹¹ Die Zustimmung der Bevölkerung zum

Kriegskurs sollte jedoch langsam abnehmen. Vor allem die sozialen Einschnitte und das Referendumsprojekt, das unter anderem die Gehälter und Pensionen des öffentlichen Sektors über zwei Mindestlöhne ohne Inflationsausgleich zwei Jahre einfrieren sollte, sowie eine Verkleinerung des Kongresses und Einführungen von Sperrklauseln für politische Parteien vorsah, boten der Linken die Möglichkeit, in eine politische Auseinandersetzung mit der Regierung zu treten. Den Fokus bildeten hierbei die Kommunalwahlen und die Abstimmung über das Referendum Ende Oktober 2003. Aus dem Umfeld des Linksbündnisses FSP (Frente Social y Político), das mit ihrem Spitzenkandidat Luis Eduardo „Lucho“ Garzón im Präsidentschaftswahlkampf 2002 trotz der zugespitzten Situation immerhin 6,17% Prozent der Stimmen erhielt, traten mehrere Kandidaten zu den Wahlen in den Großstädten des Landes an.

Mit einem Programm, das die soziale Frage in den Mittelpunkt des Wahlkampfes stellte, gewannen Mitte-Links-Kandidaten wie Sergio Farjado für die Alianza Social Indígena in Medellín, Angelino Garzón für die Movimiento Nacional Progresista in Valle de Cauca und Luis Eduardo Garzón mit 46,59% der Stimmen in Bogotá. Auch das Referendum schei-

terte an dem Quorum zur Mindestbeteiligung von 25 %. Hierfür war eine aktive politische Bewegung verantwortlich, die zur Wahlenthaltung aufrief.¹²

Dem Sieg von Garzón in Bogotá ist eine besondere Bedeutung beizumessen. Zum einen nimmt Lucho eine Stellung als Integrationsfigur in der kolumbianischen Linken ein. Der neue Bürgermeister von Bogotá verkaufte in seiner Jugend Kaugummi, um sich über Wasser zu halten und war später Vorsitzender des Gewerkschaftsdachverbandes CUT. Das ehemalige KP-Mitglied ist somit am ehesten mit dem brasilianischen Präsidenten Luiz Inácio „Lula“ da Silva vergleichbar, der eine ähnliche Geschichte hat und eine analoge Funktion in der brasilianischen Linken übernimmt. Darüber hinaus forcierte Lucho mit dem Polo Democrático Independiente (PDI) die Bildung einer neuen politischen Partei.

Überraschenderweise zogen gleich neun Abgeordnete aus dem Umfeld der jungen Partei in den Stadtrat von Bogotá ein und machten somit den ersten Arbeiter an der Macht regierungsfähig. Darüber hinaus ist Bogotá die wichtigste Metropole Kolumbiens. Infolge einer relativ günstigen Finanzlage hat die neue Administration eine denkbar günstige Ausgangsbedingung, um ein soziales Projekt in der über

men wurde, setzt die neue Regierung auf einen Entwicklungsplan mit dem Namen „B o g o t á sin indeferencia“ (Bogotá ohne Unterschied).



Das stark sozial orientierte Projekt mit einem Umfang von 21,9 Billionen Pesos (knapp 7 Mrd. Euros) machte Bogotá mit dem Unterprogramm „Bogotá sin hambre“ (Bogotá ohne Hunger) zum größten Nachfrager nach Lebensmitteln in Lateinamerika. Am Ende der Legislaturperiode sollen 477.000 Menschen in staatlichen Suppenküchen ihren Hunger stillen können, bis zum Jahr 2008 soll die Anzahl auf 625.000 Personen ansteigen. Darüber hinaus sieht der Plan vor, 330.000 Menschen Zugang zum Gesundheitssystem zu ermöglichen und 185.000 neue Schulplätze zu schaffen.

Die Perspektiven der neuen kolumbianischen Linken

Die Erfolge der Linken auf der kommunalen Ebene und die aktive Sozialpolitik der neuen Administrationen zogen drei wichtige politische Veränderungen nach sich. Zunächst hat ein Rekonstruktionsprozess der (parlamentarischen) kolumbianischen Linken begonnen. Mit dem PDI im Zentrum konstituierte sich im Kongress mit der Alternativa Democrática ein lockerer Verbund, der äußerst öffentlichwirksam ein linkes Agenda-Setting betreibt. Der PDI zählt inzwischen schätzungsweise knapp 50.000 Personen und könnte sich somit in eine landesweit wahrnehmbare Organisation verwandeln. Gleichzeitig kam es zu außerparlamentarischen Mobilisierungen: einem erfolgreichen Streik der Erdölarbeitergewerkschaft USO gegen die Privatisierung des staatlichen Unternehmens ECOPETROL im April und Mai 2004 folgte ein Lastwagenfahrerstreik im Herbst 2004. Auch eine Mobilisierung gegen das Gesetzesvorhaben zur Wiederwahl brachte in Bogotá knapp 20.000 Menschen auf die Straße. Darüber hinaus verschob sich der politische Diskurs der traditionellen Eliten. Der „offizialistische“ Teil der Liberalen Partei, der Uribe nicht unterstützt, versucht sich zu reorganisieren und betont nunmehr soziale Belange. Horacio Serpa, der ehemalige Gegenkandidat der Liberalen zu Uribe im Wahlgang 2002 bringt diesen Prozess auf den Punkt: „Lucho ist dabei uns mit Erfolg zu lehren, dass der Weg ein sozialer ist.“¹³ Selbst Uribe



**PLAN COLOMBIA
A WOLF IN SHEEP'S CLOTHING**

6 Millionen Einwohner zählenden Hauptstadt umzusetzen, was eine Ausstrahlungskraft auf das ganze Land nach sich ziehen könnte.

Die Bilanz des ersten Jahres der Regierung Garzón ist vielversprechend. Nachdem sein Vorgänger Antanas Mockus (2000-2003) in Bogotá eine standortorientierte Wettbewerbspolitik umsetzte, in der Gelder für Infrastruktur und höhere Bildung zur Verfügung gestellt wurden, aber bspw. das knapp 1,7 Millionen Einwohner zählende Elendsviertel Ciudad Bolívar schlichtweg aus der Stadtplanung herausgenom-

machte eine rhetorische „Linkswende“ durch.¹⁴ Er unternimmt jetzt zunehmend Anstrengungen, Themen wie eine Landreform in seine öffentlichen Reden aufzunehmen, ohne allerdings die neoliberale Wirtschafts- und Kriegspolitik in ernster Weise anzutasten. Drittens scheint eine allgemeine Veränderung des Parteiensystems in Gang geraten zu sein. Der renommierte Politologe Eduardo Leongómez Pizarro vertrat auf einem internationalen Seminar in Bogotá die These, dass sich das traditionelle Zweiparteiensystem (Liberaler und Konservativer Partei) in Auflösung befände und durch drei Strömungen (Uribisten mit der Konservativen Partei, Liberaler Partei und PDI bzw. Alternativa Democrática) ersetzt würde.¹⁵ Eine Verifizierung dieser gewagten These hätte historischen Wert: der undurchdringbare bipartidismo (Zweiparteienherrschaft) ist einer der historischen Hauptgründe für die Gewalteskalation in Kolumbien.

Das Widererstarken der nichtbewaffneten kolumbianischen Linken hat auch eine außenpolitische Bedeutung. Die Ansage des Bürgermeisters von Bogotá, dass die Stadt einen Platz im Verhandlungsprozess zum Freihandelsabkommen mit den USA fordert und seine Rücktrittsdrohung, falls Privatisierungen im Telekommunikationssektor durchgeführt werden sollten, deuten darauf hin, dass der PDI das geplante Freihandelsabkommen geschickt torpediert. Die Wahlen im Jahr 2006 werden von entscheidender Bedeutung sein. Eine neue Mitte-Links-Allianz zwischen dem PDI bzw. der Alternativa Democrática und Teilen der Liberalen Partei könnte eine erfolgreiche Wiederwahl Uribe vereiteln und damit auch die an Uribe geknüpften geostrategischen Zielsetzungen der US-Administration gefährden. Der Linken scheint eine stärkere Anbindung an Brasilien vorzuschweben, in einem erneuten Dialog soll auf die politischen Forderungen der Guerilla zugegangen werden. Allerdings sind hierzu noch viele Hürden zu nehmen und Gefahren zu umgehen. Es könnte ähnlich wie bei dem Demobilisierungsversuch der FARC-EP unter der Regierung Betancur 1982-1986 wieder zu einem Massenmord an Funktionären der Partei kommen, ein erster Mordanschlag auf Angelino Garzón, dem Gouverneur von Valle de Cauca, verdeutlicht diese Problematik. Des Weiteren ist mit der Person von Uribe immer noch ein schwer zu entzaubernder Mythos verbunden. Die Wahlsiege der Linken wurden allesamt nicht gegen die Person Uribe erfochten. Zuletzt fehlt ein überzeugender Kandidat für eine mögliche Mitte-Links-Koalition.

Luis Eduardo Garzón hält sich bedeckt. Trotz der Unsicherheiten scheint eines gewiss: In Kolumbien flackert wieder ein Licht am Ende eines dunklen Tunnels.

Anmerkungen

¹ Zu den historischen Gründen vgl. Schmalz, Stefan (2003): Der kolumbianische Sonderweg. Zur Anatomie eines Bürgerkriegs in: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung Nr.55, September 2003, 120-132.

² Der Plan Colombia wurde inzwischen zur Iniciativa Regional Andina (regionale Andeninitiative) ausgeweitet. Ein guter Überblick hierüber findet sich in Pizarro, Eduardo Leongómez (2004): Una democracia asediada, Bogotá, 257-293. Zu der Aufrüstung der kolumbianischen Armee lohnt ein Blick in Azzellini, Dario (2004): Das neue kolumbianische Kriegsmodell, in: Lateinamerika Nachrichten 265, November 2004, 43-47.

³ Selbstverständlich wird der Plan Colombia durch einen Drogenkriegsdiskurs gerechtfertigt. Auch wenn die Drogenökonomie eine bedeutende Rolle bei der Reproduktion des kolumbianischen Konflikts spielt, sollte jedoch davon Abstand genommen werden, die Guerillaorganisationen FARC-EP und ELN pauschal als ideologiefreie „narcoguerrillas“ zu bezeichnen. Die FARC-EP bezieht lediglich Mittel aus der Besteuerung von Drogenanbauflächen, handelt aber nicht mit Drogen. Der überwiegende Mehrheit der ELN hat keine Verbindung zum Drogenanbau. Laut einer Studie von Rensselar W. Lee III beziehen die FARC-EP knapp 70% ihrer Gelder aus den Anbausteuern, die ELN deckt lediglich 8% ihres Finanzbedarfs durch Drogengelder ab. Vgl. Thoumi, Francisco E. (2002): El imperio de las drogas. Narcotráfico, economía y sociedad en Los Andes, Bogotá, 134.

⁴ Eine Übersicht über die kolumbianischen Exportprodukte bieten Zelik Raul/Azzellini, Dario (1999): Kolumbien – Große Geschäfte, staatlicher Terror und Aufstandsbewegung, Köln, 35-42.

⁵ Die Biographie von Álvaro Uribe Vélez zeigt, dass dieser maßgeblich beim Aufbau des Paramilitarismus in Antioquia in seiner Amtszeit als Gouverneur (1995-1997) beteiligt war und darüber hinaus gerade in seiner kurzen Amtszeit als Bürgermeister von Medellín (1982) zur Zeit Pablo Escobars nahezu unübersehbare Verbindungen zu Drogenhändlern hatte. Vgl. Contreras, Joseph (2002): Biografía no autorizada de Álvaro Uribe Vélez, Bogotá.

⁶ Vgl. Plataforma de Derechos Humanos

(2004) Reección. El embrujo continúa. Segundo año de gobierno de Álvaro Uribe Vélez, Bogotá, 175-256.

⁷ Die Zahlen stammen aus: El Polo, Ausgabe Nr. 1, September 2004.

⁸ So der Titel eines Menschenrechtsreport im Zuge dessen Erscheinens im September 2003 der Präsident Menschenrechtsorganisationen öffentlich als Terroristen bezeichnete. Vgl. Plataforma de Derechos Humanos (2003): El embrujo autoritario. Primer año de Álvaro Uribe Vélez, Bogotá.

⁹ Vgl. Azzellini, Dario (2004): Das neue kolumbianische Kriegsmodell, in: Lateinamerika Nachrichten 265, November 2004, 43-47.

¹⁰ Vgl. Pohl, Günther (2004): Ecuador soll der Amboß sein., in: ila Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika. Nr. 273. März 2004, 35.

¹¹ Vgl. Semana, Edition Nr. 1091, Dezember 2002.

¹² Eine Übersicht über die Wahlergebnisse bietet eine Publikation der Konrad-Adenauer-Stiftung: Meyer, Heinrich (2003): Ein neues politisches Panorama?, in KAS. Auslandsinformationen 12/2003, 83-98.

¹³ El Tiempo vom 26.9.2004, 3.

¹⁴ Vgl. El Cambio, Edition 584, September 2004.

¹⁵ Vgl. El Tiempo vom 9.9.2004, 15.

GRASWURZELREVOLUTION

»Krieg ist der Mord auf Kommando«



Bürgerliche und anarchistische Friedenskonzepte. Bertha von Suttner und Pierre Ramus

Herausgegeben und eingeleitet von *Beatrix Müller-Kampel*

Mit Dokumenten von Lev Tolstoj, Petr Kropotkin, Stefan Zweig, Romain Rolland, Erich Mühsam, Alfred H. Fried, Olga Misař u. a.

graswurzelrevolution

Monatszeitung für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft

Berichte und Kommentare zu: direkten gewaltfreien Aktionen • sozialen Bewegungen in anderen Ländern • Rezensionen, Concert for Anarchy u.v.m.

Jahresabo 25 € (10 Hefte)

Schnupperabo 5 € Vorkasse (3 Hefte)

GWR-Vertrieb | Birkenhecker Str. 11
D-53947 Nettersheim | Fax: 024 40/959 351
abo@graswurzel.net | www.graswurzel.net